

Aus dem Vorstand

Baustelle Pflegefinanzierung

- Auch 2013 bleibt das Thema Pflegefinanzierung ein Dauerbrenner. VLG-Vorstandsmitglied und Kantonsrat Erwin Arnold hat im Dezember 2012 eine Motion eingereicht, welche eine rasche Gesetzesrevision verlangt. Sie wurde in der März-Session erheblich erklärt. Darin sollen insbesondere Punkte mit kostendämpfender Wirkung geregelt werden, wie z. B. die Plafo-nierung der Pflegekosten. Daneben soll aber die Evaluation durch LUSTAT jährlich weiterge-führt werden. Ebenfalls wird uns die Initiative für eine gerechte Aufteilung der Pflegefinanzierung aus dem Entlebuch beschäftigt. Geht es doch dabei um das Prinzip der bestehenden Aufga-benteilung zwischen Kanton (Akutpflege resp. Spitäler) und Gemeinden (Langzeitpflege resp. Pflegeheime und Spitex), auf welchem auch die Finanzreform '08 basiert.

Abschied vom maximalen Steuerfuss von 2.4?

- Die Mitteilung im letzten Newsletter (06/12) sorgte für einigen Wirbel. Es geht dabei um die Frage, ob ein Sonderbeitrag weiterhin an die Steuervorgabe von 2.4 Einheiten gekoppelt sein soll oder ob die Regierung in Einzelfällen einen höheren Steuerfuss als Bedingung für einen Sonderbeitrag stellen kann. Dieser Ent-scheid liegt in der Kompetenz der Regierung. Der VLG-Vorstand und der Fachbereich Finan-zen äusserten sich in dieser Frage notgedrun-gen offen. Zu viele Gemeinden erheben im Moment einen Steuerfuss von 2.4 Einheiten und einige überlegen sich, diese Schallmauer zu durchbrechen. Da es nicht haltbar wäre, Gemeinden ohne Sonderbeitrag mit 2.5 Einhei-ten und Gemeinden mit Sonderbeitrag mit 2.4 Einheiten zu haben, muss diese ehemalige Schallgrenze infrage gestellt werden. Für den VLG ist dies eine direkte Folge der Mehrbelas-tungen der letzten Jahre. Er fordert deshalb Korrekturen im Rahmen der versprochenen

Globallösung. Jede Gemeinde sollte ihre Auf-gaben mit einem Steuerfuss von 2.4 bestreiten können. Dies muss der Finanzausgleich si-cherstellen. Deshalb braucht es im Rahmen des Wirkungsberichtes eine Überprüfung, ob ressourcenschwache Gemeinden genügend Geld innert einer angemessenen Frist erhalten.

Projekt Arbeitsplatz Schule: VLG will kosten-neutrale Umsetzung

- Der VLG verlangt für die Auslösung weiterer Schritte beim Projekt Arbeitsplatz Schule eine kostenneutrale Umsetzung, was mit einer kurz-fristischen Änderung des Kostenteilers um zusätz-lich 5% möglich wäre. Damit könnten die für die Gemeinden entstehenden Mehrkosten abgegol-ten werden. Ansonsten droht eine Sistierung.

Schulverwaltungssoftware: Projekt konketi-siert sich, wichtige Meilensteine im Sommer

- Seit Sommer 2011 ist eine Arbeitsgruppe unter Einbezug des VLG an einer neuen Schuladmin-istrationssoftware für die Volksschulen tätig. In einer ersten Phase wurden die Anforderungen an die neue Lösung definiert. Anschliessend er-folgt im März 2013 eine öffentliche Ausschrei-bung. Bis Ende 2013 soll eine Botschaft an den Kantonsrat vorliegen. Über die finanziellen Auswirkungen wird mit den Angaben zum Budget 2014 informiert. Der VLG war bisher durch die Fachgruppe Prozesse und Informatik (FAPI) im Projekt vertreten und wird in der neu-ten Phase zusätzlich durch eine Schulverwalte-rin/einen Schulverwalter vertreten sein.

Stellungnahme des VLG zum Berufsauftrag für Lehrpersonen

- Der VLG nahm im Rahmen einer Konsultation zum geplanten Berufsauftrag für Volksschullehr-personen Stellung. Dabei begrüsst er die Rege-lung der Arbeitszeit und die Präsenzpflcht im Schulhaus. Allerdings muss der Berufsauftrag als Führungsinstrument der Schulleitungen pragmatisch umgesetzt werden. Es darf zu kei-ner unnötigen Bürokratisierung sowie Ansprü-chen an die Schulinfrastruktur kommen.

Richtlinien schul- und familienergänzende Betreuung in Kraft gesetzt

- Der VLG hat die revidierte Richtlinie des DVS für den Betrieb von schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen gutgeheissen. Der VLG konnte dabei erreichen, dass die Gemeinden aufgrund unterschiedlicher Bedürfnisse mehr Spielraum in der Gestaltung der Elternbeiträge erhalten. Die Richtlinie ist per 1.3.13 vom DVS in Kraft gesetzt worden.

res Gemeinderatsmitglied oder durch den Gemeindeschreiber vertreten lassen kann, falls das dafür delegierte Gemeinderatsmitglied verhindert ist. Die Delegiertenkarten sind daher lediglich noch mit dem Namen der entsprechenden Gemeinde beschriftet.

GV am 17.4.13 in Malters

Die Generalversammlung des VLG steht vor der Tür. Sie findet am **Mittwoch, 17. April 2013 um 17.00 Uhr** im Rest. Bahnhof (Gemeindesaal) in **Malters** statt. Im Mittelpunkt dabei stehen eine Statutenänderung sowie die Neubesetzung des vakanten Vorstandssitzes und der Bereichsleitung Bildung.

Wahl der Bereichsleitung Bildung

- Der Vorstandssitz des Bereiches Bildung konnte letztes Jahr aufgrund einer Patt-Situation nicht besetzt werden. Der Vorstand beantragt daher eine Statutenänderung, welche nach dem dritten Wahlgang eine Entscheidung herbeiführen soll. Beide Kandidatinnen stellen sich noch einmal zu Wahl:
 - **Ursi Burkart-Merz**, Gemeindepräsidentin, Adligenswil
 - **Susanne Truttmann-Hauri**, Gemeinderätin, Emmen

Reduktion des Pro-Kopf-Beitrages beantragt

- Beantragt wird eine Beitragsreduktion von heute CHF 2.95 pro Einwohner auf neu CHF 2.60 und dann im Jahre 2014 auf CHF 2.50. Drei Jahre nach dem Verbandsentwicklungsprozess SPRING stellt der VLG fest, dass weniger Projektkosten anfallen als geplant und dass der Verband nötigenfalls auf ein solides Eigenkapital zurückgreifen kann. Der ordentliche Betrieb kann daher mit einem reduzierten Mitgliederbeitrag finanziert werden.

Stellvertretungen wahrnehmen

- Im Sinne einer möglichst lückenlosen Präsenz der Gemeinden an der GV sei darauf hingewiesen, dass sich jede Gemeinde durch ein ande-

Aktuell

Kanton besteht neu aus 83 Gemeinden

- Auf den 1.1.2013 sind mehrere Gemeindefusionen in Kraft getreten. So haben die Gemeinden **Escholzmatt** und **Marbach, Beromünster** und **Neudorf, Pfeffikon** und **Rickenbach, Ohmstal** und **Schötz** fusioniert. Der Kanton Luzern zählt daher noch 83 Gemeinden.

Energiegesetz: Es geht weiter

- Nach der Stellungnahme des VLG zur Vernehmlassung zum neuen Energiegesetz (Sistierung) kam es zu einem Gespräch mit Regierungsrat Robert Küng, da dieser keine Sistierung wollte. VLG und Küng einigten sich, dass vorerst die Eckwerte der Verordnung in die Vernehmlassung gegeben werden. Darin werden die wichtigsten, vom VLG monierten Punkte geklärt. Für den VLG ist zentral, dass er bei den Aufgaben nicht die Katze im Sack kauft und weiss, was auf ihn zukommt. Daher kann sich der Vorstand mit diesem Vorgehen einverstanden erklären.

Vernehmlassungen

Es sind folgende Vernehmlassungen hängig:

- Gesetz über die Sexarbeit (Frist: 30.04.13)
- Änderung Verordnung über den Finanzausgleich (Frist: 28.03.13)
- Planungsbericht öffentlicher Verkehr (Frist: 31.05.13)

Verabschiedete Vernehmlassungen:

- Energiegesetz (Frist: 18.01.13)
- Sportförderungsgesetz (Frist: 15.03.13)
- Änderung Stimmrechtsgesetz (Frist: 22.02.13)
- Änderung Verordnung zur Pflegefinanzierung (Frist: 15.03.13) nur VLG